

Rede Betriebsversammlung 11.09.2018

Sven Vaith - **alternative**

Guten Tag Kollegen, Werkleitung und Ina. Ich bin Sven Vaith von den Alternativen.

Heute möchte ich an die ursprünglichen Forderungen unserer IG Metall erinnern, wo wir uns gegen Leiharbeit positioniert haben. Unsere Gewerkschaft war mal Interessenvertretung aller und hatte gesamtgesellschaftliche Bezüge in ihrer Arbeit im Blick.

Leider ist das in Vergessenheit geraten. Wir sollten uns wieder darauf besinnen, was Gewerkschaft bedeutet.

Leihmenschen sind unsere Kollegen. Wir Alternativen unterscheiden nicht zwischen Festangestellte und Leiharbeiter. Leiharbeit raubt Zukunft und Lebensplanung und ist daher unsozial.

Deshalb haben wir auch im Betriebsratswahlkampf die Festeinstellung aller Leiharbeiter gefordert, da wir finden das Schluss sein muss mit dieser unsozialen gesellschaftsschädigenden Spaltung.

Die Stellung der abhängig Beschäftigten, die ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt gegen einen oft zum Leben nicht oder kaum ausreichenden Lohn verkaufen müssen, ist nach wie vor das ungelöste Urproblem des sozialen Lebens.

So kann ein, warum auch immer, nur gering qualifizierter junger Mensch, der in der Leiharbeit ist, oder einen Zeitvertrag hat oder in einer Praktikumsstelle arbeitet seine Zukunft nicht planen.

Oft wird in der Gesellschaft und von der Politik die niedrige Geburtenrate beklagt, aber Leiharbeiter müssen sich auf Grund

ihrer prekären Beschäftigung eher zweimal überlegen ob sie eine Familie gründen und Kinder in die Welt setzen. Kinder zu bekommen ist leider gegenwärtig das Armutsrisiko Nummer 1 in der Gesellschaft. Für Hausbau etc. sind Leute oft nicht mehr kreditwürdig, weil die Zeitarbeit in der Gesellschaft immer mehr zunimmt.

Daimlers Personalpolitik, Leiharbeiter abzumelden und durch Ferienaushilfen zu ersetzen ist Teil dieses gesellschaftlichen Problems und alles deutet darauf hin, dass dies alljährliche Praxis werden soll. Nur um mit der vereinbarten Leihquote von 8% zu tricksen, damit diese Betriebsvereinbarung eingehalten werden kann.

Unsere IG Metallführung und DGB, scheinen dieses Thema aufgegeben zu haben. Sich um die Abgehängten und Lohnabhängigen zu kümmern ist eigentlich Aufgabe der Gewerkschaften, vornehmlich Aufgabe des DGB, doch die thematisieren das schon lange nicht mehr. In Sonntagsreden wird dieser Zustand allgemein beklagt, aber Politik wird dagegen nicht gemacht.

Im Gegenteil, sie sind offensichtlich angepasster Bestandteil des vorherrschenden Systems des Kapitalismus geworden. Doch der Kapitalismus kann und vor allem will das Problem nicht lösen, denn hier zählt nur der Profit und dessen Maximierung.

Der Mensch und dessen Arbeitskraft darf nicht als Ware gesehen werden. Die Regelung der menschlichen Arbeit darf nicht der Wirtschaft überlassen werden, denn dadurch gerät eine Gesellschaft in Schieflage, was sich derzeit gut beobachten lässt.

Viele Menschen fühlen sich von der Gesellschaft ausgestoßen, von der Politik nicht verstanden, sie fühlen sich als Menschen zweiter

Klasse. Leider folgt ein Teil von ihnen als Ventil einfachen rechtsradikalen Antworten.

Es obliegt uns, der Politik und den Gewerkschaften, die auch Teil der Politischen Landschaft sind, das die Wirtschaft für den Menschen da ist und nicht der Mensch für die Wirtschaft.

Zwar gibt es jetzt einen viel zu geringen Mindestlohn und andere Rahmenbedingungen, die die Folgen des Kapitalismus abmildern sollen, aber machen wir uns nichts vor, damit werden nur die eingetretenen Schäden gemildert, nicht aber die strukturellen und gesellschaftlichen Ursachen.

Es geht um weit mehr als nur um eine wirtschaftliche Frage. Es geht um eine gerechte, vollwertige Einordnung des Menschen als freie Persönlichkeit in eine menschliche Gesellschaft.

Die Gewerkschaften haben sich aller Menschen anzunehmen, nicht nur derer, die Ihre Mitglieder sind oder derer die gutsituiert sind. Sie haben eine gesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung.

Unsere Kollegen in Halle 11 und 18 haben sich dagegen hier mit unseren Leihkollegen solidarisiert und wo sie erfahren haben, das diese durch Ferienaushilfen ersetzt werden sollen, die 6.Nachtschicht verweigert.

Wir finden diese Aktion sehr gut und wollen für unsere Gewerkschaft, deren Vertrauensleute und Betriebsratsmehrheit anregen fürs nächste Mal diese Aktion so lange fort zu setzen bis die Festverträge für unsere Leihkollegen unterschrieben sind. Für den DGB möchte ich politisch anregen durchzusetzen, dass wenn schon Leiharbeit, das die dann höher bezahlt werden muss, wie in Frankreich, weil Leiharbeiter eben ein höheres berufliches und finanzielles Risiko haben und flexibler sein müssen.

Jetzt wurde in der neuen Betriebsvereinbarung ausgehandelt, dass 40 Einstellungen erfolgen sollen, wovon aber nur 8 sofort Feste werden. 32 dieser Einstellungen sollen erstmal befristet sein obwohl man vor allem auf langjährige eingearbeitete Leihkollegen zugehen will. Das finde ich unerklärlich, warum man für diese Kollegen dann nochmal eine faktisch verlängerte Probezeit benötigt.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit